

LEGATION DE SUISSE

EN

ARGENTINE

P.VII.- X.sp.

Vertraulich!

BUENOS AIRES, den 22. Februar 1946.

URUGUAY 740 - U. T. 44 - 0077

*M. de Chef de Département
12. II 46
A. 21, 31. Buenos Aires note'*Argentinische Politik, von Rio de Janeiro und
Montevideo aus gesehen.

Herr Bundesrat,

Meine Reise als Sondergesandter nach Rio de Janeiro, von wo ich über Montevideo zurückkehrte, um dort die Umwandlung des Generalkonsulates in eine Gesandtschaft vorzubereiten, bot mir eine willkommene Gelegenheit, mit Diplomaten und einflussreichen Männern aus allen Staaten der westlichen Hemisphäre zusammenzukommen und mit ihnen das argentinische Problem zu besprechen. Die interessantesten Persönlichkeiten waren hierunter der nordamerikanische Botschafter in Rio de Janeiro, Dr. Adolphus Berle, der gerade von einem längeren Aufenthalt in Washington zurückkam, und der neue Ausserminister von Uruguay, Dr. Eduardo Rodriguez Larreta. Unter den südamerikanischen Diplomaten, deren Einstellung ich kennen lernen konnte, fehlten auch Argentinier nicht, mit denen ich in Rio und Montevideo zusammenkam und die sich ausserhalb der gespannten Atmosphäre von Buenos Aires freimütiger äussern konnten.

Noch nie haben Wahlen die öffentliche Meinung Südamerikas so tiefgehend erregt wie die bevorstehenden argentinischen. Von ihnen wird abhängen, ob das mächtigste Land dieses südlichen Halbkontinentes wieder zur demokratischen Politik der Solidarität und guten Nachbarschaft zurückgeführt werden kann oder ob sich hier ein faschistisches Regime entwickeln wird, das in den nächsten Jahren zum Gefahrenherd der westlichen Hemisphäre werden kann. Seit der Rückberufung des Botschafters Braden nach Washington, hat das amerikanische Staatsdepartement unter seiner Initiative eine zielbewusste Politik der Isolierung der Regierung Farrell-Peron verfolgt. Wie immer wieder betont wurde, ist diese Politik nicht gegen das argentinische Volk gerichtet, was sich schon aus der weitgehenden Schonung der argentinischen Wirtschaftsinteressen ergibt. Sie ist vielmehr darauf angelegt, die faschistischen Elemente in Argentinien möglichst zu diskreditieren und eine panamerikanische Front aufzubauen für den Fall, dass Oberst Peron in Argentinien, durch Gewalt oder als

./2

An das Eidgenössische Politische Departement,

B e r n .*En circulation
20.3.**Retour
28. III. 46 / kg.*

- 2 -

Sieger im Wahlgang gewinnen sollte.

Der nordamerikanische Druck in dieser Richtung hat vor allem in zwei diplomatischen Aktionen seinen Ausdruck gefunden: in der uruguayischen Interventionsinitiative vom vergangenen November und im kürzlich veröffentlichten Washingtoner Blaubuch über Argentinien.

1) Die uruguayische Interventionsinitiative will in grossen Zügen den Staaten der westlichen Hemisphäre das Recht geben, durch Mehrheitsbeschluss gegen eine Regierung ihrer Interessensphäre, die durch ihr System den Frieden und die Sicherheit des Kontinentes bedroht, mit den nötigen Mitteln, allenfalls auch mit Waffengewalt, vorzugehen, um den Gefahrenherd zum Erlöschen zu bringen. Das jahrhundert alte Prinzip der Nicht-Intervention, das bisher das Zusammenleben der amerikanischen Staaten regiert hatte und das besonders hartnäckig von Südamerika gegenüber dem mächtigen nördlichen Nachbar verteidigt worden war, soll damit unter gewissen genau begrenzten Voraussetzungen aufgegeben werden.

Dieser Vorschlag ist tatsächlich von Uruguay ausgegangen und nicht von Washington und gilt als das persönliche Werk des jungen Ausserministers Dr. Larreta, der eine ideenreiche und unternehmende Natur ist. Herr Larreta sieht für die Zukunft eines selbständigen Uruguays nur eine Gefahr, und zwar den argentinischen Faschismus. Wie Paraguay so lebe Uruguay vom guten Willen seiner mächtigen Nachbarn Brasilien und Argentinien und von der Gleichgewichtslage zwischen diesen beiden Mächten. Vom Erfolg seiner Initiative erhoffte er gewisse Garantien für Uruguays zukünftige Unabhängigkeit. Sein Vorschlag wurde aber den übrigen südamerikanischen Staaten erst zur Kenntnis gebracht, nachdem Washington's Einverständnis eingeholt worden war. Uruguay wollte sich zum mindesten diesen einen starken Bundesgenossen sichern, mit dessen Sympathie in der Sache es ja von vornherein rechnen konnte.

Ob Uruguay den Vereinigten Staaten mit dieser Initiative einen Dienst erwiesen hat, erscheint von Südamerika aus gesehen recht fraglich. Die meisten lateinamerikanischen Diplomaten sind der Auffassung, Larreta habe sich mit dieser seiner

- 3 -

ersten diplomatischen Aktion die Finger verbrannt. Tatsächlich war die Reaktion mit Ausnahme von Washington grösstenteils negativ, mehr noch im Ausdruck der öffentlichen Meinung als in den höflich abgefassten diplomatischen Antwortnoten. Auch Nicht-Argentinier sind geneigt, dem uruguayischen Aussenministerium Verrat an der südamerikanischen Sache vorzuwerfen, denn die Folge der Interventionsinitiative sei doch letzten Endes der Machtpolitik der Vereinigten Staaten in den Ländern der spanischen und portugiesischen Sprache eine Türe zu öffnen. Angesichts des riesigen Kriegspotentials der Nordamerikaner kämen ja im Ernstfalle nur diese in Frage, um die einmal beschlossene politische Intervention zu leiten.

Der Umstand, dass Staatssekretär Byrnes der uruguayischen Initiative seine volle Unterstützung zugesichert hat, bevor er praktisch Zeit haben konnte, das Dokument zu studieren, spricht für das vorhergehende Einvernehmen zwischen Montevideo und Washington und gibt gleichzeitig eine weitere Erklärung für den Argwohn der übrigen südamerikanischen Länder. Brasilien, das sonst als die stärkste Stütze der nordamerikanischen Politik in Südamerika gilt, hat den uruguayischen Vorschlag rundwegs abgelehnt. Ein Mitglied des obersten brasilianischen Gerichtshofs meinte, die ganze Aktion habe der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten mehr geschadet als genützt. Sie habe die Partner der Politik der guten Nachbarschaft sozusagen an ihrer Achillesferse getroffen.

In Brasilien wie in andern südamerikanischen Ländern zeigt sich heute in auffälliger Weise, dass unter der akademischen Jugend die englische Sprache als Fremdsprache vorherrschend ist und zum Teil sehr fliessend gesprochen wird, während die älteren Generationen mehr am französischen festhalten. Der gleiche brasilianische Bundesrichter erklärte mir, dieses Symptom dürfe nicht etwa als Ausdruck der Freundschaft zu den Vereinigten Staaten verstanden werden, sondern entspringe vielmehr der Begeisterung für Englands heroischen Stand im Weltkrieg und der Verehrung für Churchill. Falls Churchill zur Zeit nach Brasilien kommen könnte, wäre er weitaus der populärste Mann im Lande.

- 4 -

Die meisten Nordamerikaner, mit denen man spricht, darunter Diplomaten nicht ausgeschlossen, bedauern, dass die entscheidenden Männer in Washington immer noch nicht das richtige psychologische Verständnis dafür finden können, wie ihre Handlungen in Südamerika wirken. Dabei fehle im Grunde so wenig, um auf der wirklich ehrlichen Begeisterung der Lateinamerikaner für die grossen Leistungen der Vereinigten Staaten auf allen Gebieten ein solides Freundschaftsverhältnis aufzubauen. Nur müsste man eben immer da Halt machen, wo der Stolz und die Empfindlichkeit der spanischen Rasse anfangen, entscheidend zu sein.

2) Das Blaubuch gegen die argentinische Regierung, das vor acht Tagen in Washington veröffentlicht worden ist und dessen Text hier als bekannt vorausgesetzt wird, bringt im grossen und ganzen keine neuen Tatsachen. Es wurde hauptsächlich aus zwei Motiven veröffentlicht. Erstens wollte die amerikanische Regierung der Welt zeigen, dass die Anklagen, die sie seit Jahr und Tag gegen das Regime Farrell-Peron geschleudert hatte, durch die in Berlin gefundenen Akten in überzeugender Weise gerechtfertigt worden sind. Zweitens hoffte man in Washington, mit dem Blaubuch die argentinischen Wahlen beeinflussen zu können. Was den ersteren Punkt betrifft, so ist sicher, dass das Blaubuch in Südamerika einen tiefen Eindruck gemacht hat und, sollte Oberst Peron zum Präsidenten Argentiniens gewählt werden, die Beziehungen der lateinamerikanischen Staaten zu Argentinien auf Jahre hinaus beeinflussen kann. Dagegen wurde die Absicht, die argentinischen Wahlen zu beeinflussen nicht erreicht oder aber höchstens im gegenteiligen Sinne durch weitere Erbitterung der Gegner. Die Parteien sind hier in ihrer leidenschaftlicher Stellungnahme schon allzu sehr verkrampft, als dass die Veröffentlichung von Washington, dem man ohnehin argwöhnisch gegenübersteht, noch irgendetwas ausmachen könnte. Auf der hiesigen amerikanischen Botschaft teilt man die Auffassung, dass das Blaubuch in Argentinien selbst im Augenblick nicht viel ändern wird. An und für sich wäre es besser vor sechs Monaten veröffentlicht worden. Aber damals waren die Berliner Dokumente noch nicht verarbeitet. So hätte man sich eben entschlossen, die Veröffentlichung jetzt vorzunehmen, in der Hoffnung vielleicht doch die Wahlen beeinflussen zu können. Später hätte das Blaubuch nur

- 5 -

noch den Sinn haben können, die alten Beschuldigungen Washingtons dokumentarisch zu belegen.

Die argentinische Regierung behauptet heute, dass die hauptsächlich zur Beweislast gegen sie herangezogenen Berichte des deutschen Geschäftsträgers in Buenos Aires, Dr. Meynen, gewisse Vorgänge in einseitiger Weise zu Gunsten Deutschlands entstellt haben, um seine diplomatischen Erfolge in Südamerika in ein besseres Licht zu stellen. Wenn man an die bekannten Briefe des nach der Schweiz gesandten Reichsbankdirektors denkt, der aus persönlichen Gründen die Erfolge seiner Mission zu seinen Gunsten zu verfärben suchte, so ist man geneigt auf dem Wege der analogen Situation der argentinischen Regierung Recht zu geben.

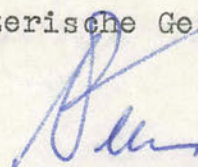
Das Staatsdepartement in Washington hat nunmehr alles getan, um Oberst Peron vor der Welt zu diskreditieren. Was wird es tun, wenn Oberst Peron bei den Wahlen gewinnt? Diese Frage liegt heute auf allen Lippen. Die amerikanischen Diplomaten sind in grösster Verlegenheit, wie sie hierauf antworten sollen. Eins nur steht fest, dass sie diese Eventualität sehr ernst stimmt. Überall wird zugegeben, dass sich Washington zu sehr gegen Peron festgelegt habe, um ihn bedingungslos als Präsident von Argentinien anerkennen zu können, auch wenn er im normalen demokratischen Wahlgang gewählt werden sollte. Der amerikanische Botschafter in Rio ist sehr pessimistisch. Er glaubt nicht, dass ein faschistisches Regime in Buenos Aires - und Peron als Präsident werde eben faschistisch sein - ohne Anwendung von Gewalt von aussen her beseitigt werden könne. Die Geschichte aller modernen Diktaturen beweise dies. Er liess durchblicken, dass die Vereinigten Staaten im schlimmsten Fall vor einer Gewaltaktion nicht zurückschrecken dürften, um den Faschismus in der westlichen Hemisphäre auszumerzen. Auf meinen Einwand, ein solches Vorgehen könnte doch leicht eine dauernde Entfremdung der lateinamerikanischen Länder zur Folge haben und bedeute sicher das Ende der Politik der guten Nachbarschaft, meinte er, gerade darum komme ein Vorgehen gegen Argentinien nur als Kollektivaktion der Mehrheit der amerikanischen Staaten in Frage, wie es der Vorschlag von Uruguay vorsehe. Er wiederholte mehrmals, man betrachte in Washington die Lage sehr ernst. Nur ein klarer Entscheid des argentinischen Volkes für die demokratischen Kandidaten könne sie entspannen.

- 6 -

Demgegenüber muss ich die Stellungnahme von Diplomaten Brasiliens, Columbias und Mexicos erwähnen, die im Hinblick auf einen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Argentinien übereinstimmend meinten, was auch immer kommen möge, so ständen doch ihre Länder, wie Südamerika überhaupt, Argentinien immer noch ein wenig näher als der grossen Weltmacht des Nordens. Die Stimme des gemeinsamen Blutes lasse sich eben nicht so leicht unterdrücken.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:



P.S. Nach Abschluss dieses Berichtes haben am vergangenen Sonntag die argentinischen Wahlen für die Ämter des Präsidenten und des Vize-Präsidenten sowohl wie für die Elektoren, die den Senat bestellen, und für das Abgeordnetenhaus stattgefunden. Die Ruhe und Ordnungsmässigkeit der Wahlen ist, wie Sie wissen, von der Armee garantiert worden und es herrscht tatsächlich der Eindruck vor, dass dieselben sich in vollkommener Planmässigkeit und ohne Störung vollzogen haben. Man rechnet damit, dass ungefähr drei Wochen verstreichen werden bis die Wahlresultate bekanntgegeben werden können.